

und Schuldenlage der Gemeinde Dörentrup transparent vor. Während der Jahresgewinn 2008 noch mit 1,1 Mill. EUR sehr positiv ausfiel, erreichen wir in 2009 einen Jahresfehlbetrag von 0,4 Mill. EUR, was eine Verschlechterung innerhalb eines Jahres von 1,5 Mill. EUR bedeutet. Diese Entwicklung wird sich weiter verstärken, wir erwarten für 2010 einen Jahresfehlbetrag von mindestens 1 Mill. EUR. Seit 2010 befindet sich die Gemeinde Dörentrup im Nothaushaltsrecht, da trotz Konsolidierungsmaßnahmen das Haushaltssicherungskonzept bis 2016 deutlich negative Jahresergebnisse in Millionenhöhe jährlich ausweist und das Eigenkapital in 2015 aufgebraucht sein wird. Und dieses auch vor dem Hintergrund, dass sich am sparsamen Verhalten der Gemeinde Dörentrup in den letzten Jahren nichts geändert hat.

Nach diesen Anmerkungen komme ich zum Haushaltsplan 2011 der Gemeinde Dörentrup. Bereits in meiner letzten Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplanes 2010 war das bestimmende Thema die langfristig strukturelle Unterfinanzierung der Gemeinde Dörentrup sowie der drohende finanzielle Kollaps. Daran hat sich auch in 2011 nichts geändert. Selbst die weitgehend umgesetzten Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 sowie das überarbeitete Haushaltssicherungskonzept 2011 als Anlage zum Haushaltsplan brachten keine spürbaren, ausreichenden Verbesserungen. Wenngleich auch die letztendliche Verantwortung für alle finanzwirksamen Entscheidungen allein beim Rat der Gemeinde Dörentrup liegt, sieht die Verwaltungsführung aber keine weiteren vernünftigen und sinnvolle Konsolidierungsmaßnahmen für diese Millionenfehlbeträge.

Bei meinen folgenden Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2011 werde ich mich auf einige Kernpunkte konzentrieren. Im Übrigen verweise ich auf den Vorbericht, der umfassend und ausführlich Auskunft gibt über die wesentlichen Entwicklungen und Tendenzen. Der **Vorbericht** mit allen seinen Analysen und Datenaufbereitungen bietet eine sehr gute Möglichkeit sich über die (finanzielle) Situation sowohl rückwirkend wie auch für die Zukunft umfassend zu informieren. Steuerungsmöglichkeiten können gut abgeleitet werden. Besonders erwähnen möchte ich bei den statistischen Angaben die besorgniserregenden Entwicklungen der Wohnbevölkerung und der Schülerzahlen. Der Rückgang der Wohnbevölkerung in 2009 beträgt 82 (Vorjahr 131); bei den Schülerzahlen sieht es ähnlich aus. In 2010 beträgt der Rückgang 38 (Vorjahr 30). Dieses gilt es bei den zukünftigen strategischen Entscheidungen zu berücksichtigen.

Gestatten sie mir bitte auch noch einige Anmerkungen zum derzeit landauf und – ab sehr intensiv und emotional viel diskutierten Gemeindefinanzierungsgesetz 2011 (**GFG 2011**), eine sehr wichtige Säule in der kommunale Finanzierung. Das GFG regelt die gemeindlichen Schlüsselzuweisungen. Im GFG 2011 kommt es zu einer nicht erwarteten und planbaren Umverteilung von den kreisangehörigen Kommunen zu den kreisfreien Städten durch Grunddaten Anpassungen. Die Verteilungssystematik des Landeshaushaltes verändert sich. Insbesondere durch eine ganz erhebliche Veränderung des Soziallastansatzes werden sich die Schlüsselzuweisungen in den nächsten Jahren deutlich absenken und weg vom ländlichen Raum hin in die größeren Städte fließen. Ferner wurden die fiktiven Hebesätze angepasst, und zwar für die Grundsteuerern A auf 209 Punkte und B auf 413 Punkte sowie für die Gewerbesteuer auf 411 Punkte. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich kritisiere hiermit nicht die politische Mehrheitsentscheidung des Landes durch die gewählten Volksvertreter; gleichwohl muss die Frage erlaubt sein, ob damit die durch die Landesverfassung zu garantierenden gleichen Lebensverhältnisse sichergestellt werden können. Ich verkenne nicht, dass die großen Siedlungsballungsräume noch größere soziale

Probleme haben und auch die Finanzierungsprobleme größer sind. Dennoch bieten auch die hochverschuldeten größeren Städte eine wesentlich bessere Infrastruktur für ihre Bürger und eine um Längen bessere Wohnqualität. Beispielhaft erwähnen möchte ich hierfür die anzutreffenden vielfältigen Sport-, Kultur, Freizeit- und öffentliche Personennahverkehrsangebote, die es in den ländlichen Regionen nicht gibt. Hier sind alle ostwestfälischen Landtagsabgeordnete gefordert, eine weitere Bevölkerungsabwanderung aus den kleineren Städten und Dörfern zu verhindern und die Region zu stärken.

Nun konkret zum Haushaltsplan 2011! Dieser ist von der Verwaltungsführung positiv optimistisch aufgestellt worden, ohne aber die Realitäten aus den Augen zu verlieren.

1. Ergebnisplan

Wir können in 2011 unsere Aufwendungen nicht durch entsprechende Erträge decken. Im Haushaltsplanentwurf weist der Ergebnisplan einen Fehlbetrag von 1,6 Mill. EUR (2010: 2,3 Mill. EUR) aus. Nach dem Haushaltsplan 2010 war für 2011 ein Fehlbetrag von 2,2 Mill. EUR vorgesehen, somit eine Verbesserung von 0,6 Mill. EUR. Gleichwohl bedeutet das bei 8.304 Einwohnern ein erwirtschaftetes Defizit in 2011 von rund 193 EUR je Einwohner. Das Eigenkapital verringert sich damit in gleicher Höhe.

1.1. Erträge

Der Gesamtbetrag der Erträge aus laufender Verwaltungstätigkeit und Finanzerträge beträgt 14.398.000 EUR (Vorjahr 13.575.400 EUR). Wesentliche Positionen davon sind 6.476.700 EUR (45%) Steuern und ähnliche Abgaben, 3.385.000 EUR (24%) Öffentlich rechtliche Leistungsentgelte sowie 3.326.600 EUR (23%) Zuwendungen und allgemeine Umlagen. Die Ertragsseite wird also durch die Steuer- und Gebühreneinnahmen geprägt. Die Erträge aus den **Grundsteuern A und B** steigen durch die Anhebung der Hebesätze um 41.500 EUR auf 985.500 EUR. Naturgemäß unterliegt die **Gewerbsteuer** großen Schwankungen und ist daher sehr schwer kalkulierbar. Die Kalkulation beruht auf aktuellen Erkenntnissen aus dem sehr guten Verlauf des Haushaltsjahres 2010. Wir gehen auch für 2011 und die Folgejahre von einem wirtschaftlichen Aufschwung aus und erwarten einen Gewerbesteuerertrag von 2,8 Mill. EUR. Eingerechnet ist dabei die Anhebung des Hebesatzes auf 426% ab 2011. Diese guten Gewerbesteuererträge der letzten Jahre -auch in Zeiten der Finanz- und Wirtschaftskrise- zeigen, dass die Gemeinde Dörentrup die Strukturveränderungen in der Bau- und Möbelbranche in den letzten 20 Jahren überwunden hat und die intensiven Bemühungen der letzten Jahre zur Gewerbeansiedlung erfolgreich waren. Nach der veröffentlichten ersten Probe-rechnung des Landes ist der Ansatz **Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer** gebildet worden. Gegenüber dem Vorjahr erhalten wir mit 2.209.800 EUR rd. 287.100 EUR (13 %) weniger vom Land. Damit zeichnet sich in der Summe insgesamt eine Erholung bei den Steuereinnahmen von 566.800 EUR ab. Das Gesamtaufkommen der **öffentlich- rechtlichen Leistungs-entgelte** beläuft sich auf 3.385.000 EUR und liegt damit um 170.600 EUR über dem Ansatz 2010. Das Gesamtaufkommen setzt sich insbesondere zusammen aus den Abfallgebühren, Wasser- und Abwassergebühren sowie Friedhofsgebühren.

1.2. Aufwendungen

Den veranschlagten Erträgen stehen Aufwendungen in einer Gesamthöhe von 15.270.600 EUR (Vorjahr 15.161.700 EUR) gegenüber. Wesentliche Positionen davon sind 6.468.800 EUR (42%) Transferaufwendungen, 3.193.400 EUR (21%) Personal- und Versorgungsaufwendungen, 1.878.200 EUR (12%) bilanzielle Abschreibungen, 1.913.000 EUR (13%) sonstige ordentliche Aufwendungen sowie 1.817.200 EUR (12%) Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Die **Transferaufwendungen** werden im Wesentlichen durch die Kreisumlagen bestimmt. Sie sind gegenüber dem Vorjahr um 319.000 EUR oder 6,3% auf 5.096.900 EUR gestiegen. Davon entfällt auf die Jugendamtsumlage eine Steigerung von 240.700 EUR (+16,3%). Im gleichen Zeitraum sind die Umlagegrundlagen um 4,8% gesunken. Die **Personalaufwendungen** haben sich gegenüber 2010 um 47.600 EUR (-2%) verringert. Die rechnerische Anzahl der beschäftigten Mitarbeiter bei der Gemeinde Dörentrup beträgt 61,80 (Vorjahr 62,31) Vollzeitstellen und ist somit nahezu gleichbleibend. Zu den gesamten Aufwendungen von 16 Mill. EUR ist anzumerken, dass der Anteil der freiwilligen Selbstverwaltungsangelegenheiten verschwindet gering ist und gerade einmal 0,4 Mill. EUR beträgt oder 2,7 %.

2. Finanzplan

Der Finanzplan stellt die Einzahlungen und Auszahlungen dar. Durch die zusammenfassende Darstellung gibt er einen wichtigen Überblick über die tatsächliche finanzielle Lage (Liquidität). Er wird in Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Teil A) und Investitions- und Finanzierungstätigkeit (Teil B) aufgeteilt. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung ist dann die Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln in der Bilanz.

2.1. Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Da diese Zahlungen im Wesentlichen mit den Aufwendungen des Ergebnisplanes zusammenhängen, verweise ich hierzu auf die obigen Ausführungen.

2.2. Zahlungen aus Investitionstätigkeit

2.2.1. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

Der Finanzplan geht von Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von 1.031.400 EUR (Vorjahr 1.351.300 EUR) aus. Der Ansatz beinhaltet 897.700 EUR für Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen (z. B. Konjunkturpaket II), 53.500 EUR Einzahlungen aus Beiträgen und Entgelten sowie 80.200 EUR aus Sachanlagenveräußerungen.

2.2.2. Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

Den Einzahlungen stehen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von 2.195.900 EUR (Vorjahr 3.864.100 EUR) gegenüber.

Wesentliche Positionen davon sind 1.961.000 EUR Auszahlungen für Baumaßnahmen sowie 234.900 EUR Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.

Die größeren **Investitionsmaßnahmen** in den Bereichen Wasser, Abwasser, und Gemeinde sind:

- Wasser
 - Versorgungsleitung Hillentrup/Homeien in 2011 bis 2014 mit 320.000 EUR
- Abwasser
 - Geschlossene Kanalsanierung in 2011 mit 175.000 EUR
 - Offene Kanalsanierung Auf dem Kamp/Alter Kampweg in 2011 und 2012 mit 205.000 EUR
- Gemeinde
 - Straßenendausbau Humfelder Brede in 2011 und 2012 mit 370.000 EUR
 - Straßenendausbau Poststraße mit 40.000 EUR
 - Rad-Gehweg Mittelstr (B66-Bahn) mit 35.000 EUR

Alle Investitionsmaßnahmen können ohne Darlehnsaufnahme finanziert werden!

2.3. Zahlungen aus Finanzierungstätigkeit

Für die Aufnahme und Rückflüsse von Darlehn sind 36.500 EUR (Liquiditätskredit) vorgesehen sowie für Tilgungen 771.300 EUR veranschlagt, so dass der Saldo aus der Finanzierungstätigkeit -734.400 EUR beträgt.

Der Bestand an eigenen Finanzmitteln verringert sich in 2011 somit insgesamt um 2.775.000 EUR auf 0 EUR zum Jahresende. Ob der Liquiditätskredit in der geringen Höhe tatsächlich aufgenommen werden muss bleibt ab zu warten.

3. Mittelfristige Erfolgs- und Finanzplanung

Ich komme nun zu der mittelfristigen Erfolgs- und Finanzplanung. Die Entwicklung des **Eigenkapitals** wird durch die Jahresfehlbeträge geprägt und wird sich bis zum Planungshorizont in 2014 dem entsprechend um 5,1 Mill. EUR auf 4,4 Mill. EUR verringern. Die Verbindlichkeiten aus **liquiden Mittel** werden sich nach den Jahresfehlbeträgen entwickeln und Ende 2014 einen Bestand von rd. 2 Mill. EUR aufweisen.

4. Haushaltssicherungskonzept

Die zwingend notwendige Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2011 bis 2017 ist als Anlage dem Haushaltsplan beigelegt. Es enthält Ausführungen zu den Rechtsgrundlagen, zu der Notwendigkeit eines Haushaltssicherungskonzeptes, zu den Umsetzungsmaßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 sowie zur Entwicklung der Haushaltssituation bis 2017. Ebenso sind die freiwilligen Leistungen aufgeführt. Mit den -noch nicht vollständig- umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen des HSK 2010 ist im Rahmen der gemeindlichen Möglichkeiten eine Ergebnisverbesserung erreicht worden. Weitere zusätzliche Aufwandsreduzierungen oder Ertragserhöhungen werden verwaltungsseitig als unverhältnismäßig und nicht zielführend angesehen. Insoweit werden keine weiteren Konsolidierungsmaßnahmen vorgeschlagen. Diese würden die ohnehin vorhandene bescheidene Infrastruktur völlig zerschlagen und trotzdem keine positiven Jahresergebnisse bringen. Die noch offenen Konsolidierungsmaßnahmen aus dem HSK 2010 sind aber weiter ab zu arbeiten und entsprechende politische Beschlüsse zu fassen, z. B. Neuorganisation des Friedhofswesens oder Vertragsänderungen mit den Kirchengemeinden bei der Kinder- und Jugendarbeit.

Aber auch hier gilt wie bereits oben gesagt: die letztendliche Verantwortung für alle finanzwirksamen Entscheidungen liegt allein beim Rat der Gemeinde Dörentrup.

3. Zusammenfassung des Haushaltsplanes

- Durch den deutlichen Fehlbetrag im Ergebnisplan ist der Haushaltsplan strukturell unausgeglichen und das Haushaltssicherungskonzept ist fortzuschreiben
- Der Ergebnisplan schließt mit einem Defizit von 1,58 Mio. EUR ab, welches über die Ausgleichsrücklage und eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage auszugleichen ist.
- Alle Steuersätze sind angehoben worden
- Eine Kreditaufnahme ist nur zur Liquiditätsverstärkung von 36.900 EUR vorgesehen bei einem Tilgungsvolumen von 771.300 EUR
- Die Pro-Kopf-Verschuldung sinkt von 1.922 EUR auf 1.833 EUR
- Die Gebührenbelastung in der Ver- und Entsorgung steigt um durchschnittlich 0,1 %;
- Der Planungshorizont entwickelt sich positiv

Ausblick

Bei den bestehenden rechtlichen Verhältnisse ist und bleibt ein strukturell ausgeglichener Haushalt, also mindestens eine schwarze 0, eine Utopie, ein aussichtsloses Unterfangen, geprägt durch faktische Unmöglichkeiten. Damit binden wir unseren nachfolgenden Generationen, also unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln, einen sehr großen Mühlstein um den Hals. Wollen wir unseren Kindern nicht vollständig die Zukunft verbauen, hilft nur Bescheidenheit. Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist politisch in allen staatlichen Instanzen und Institutionen nun auch an zu ziehen. Wenn die grundsätzlich bescheidenen und sparsamen nordlippischen Kommunen in 2011 zusammen voraussichtlich nahezu 10 Mill. EUR Defizit einfahren und gleichzeitig ein einzelnes, regional tätiges Unternehmen der Bankenbranche für 2010 einen Gewinn von 10 Mill. EUR veröffentlicht, dann können die Belastungen, die Finanzierungen nicht gerecht verteilt sein. Eine verantwortliche Finanzpolitik in Staat und Kommune bedeutet aber nicht nur eine kurzfristige Liquiditätssicherung, sondern mittel- bis langfristig auch lukrative Entwicklungsmöglichkeiten auf allen Ebenen. Dabei erfordern die heutigen und zukünftigen Probleme mehr als die Fragen und Antworten von gestern. Mit Kraft und Kreativität müssen wir gemeinsam alt hergebrachtes aufbrechen. Zu einer echten kommunalen Selbstverwaltung gehört auch eine aktive Bürgerbeteiligung, die es auszubauen gilt. Die zukünftige strategische Ausrichtung hat insbesondere den Entwicklungen der deutlich rückläufigen Wohnbevölkerung und der Schülerzahlen was entgegen zusetzen. Trotz der erdrückenden, unbefriedigenden finanziellen Aussichtslosigkeit sollten wir uns gemeinsam dem Wettbewerb der umliegenden Kommunen stellen und für eine Weiterentwicklung der Gemeinde Dörentrup sorgen. Auch vor dem Hintergrund der schwierigen Finanzsituation dürfen wir auf Investitionen in die Zukunft nicht verzichten. Mit vorhandenem Geld ist gut und zielgerichtet um zu gehen. Dabei müssen wir aber Gestaltungsmöglichkeiten ausloten, Schwerpunkte festlegen und uns darauf konzentrieren. Auch die interkommunale Zusammenarbeit in Nordlippe oder auf Kreisebene darf nicht nur eine Worthülse sein und bleiben. In den Köpfen der Verwaltung und Politik muss es die zukünftige Gemeinde Nordlippe als Modell bereits geben. Der Weg zu der Gemeinde Nordlippe muss schnellstens richtungsweisend

ausgeschildert werden. Ich bitte sie auch mit allem Nachdruck, diesen Prozess gebietsübergreifend politisch konsequent und intensiv zu begleiten.

Der vorliegende Haushaltsplanentwurf sieht etwas anders aus als die Vorgänger der letzten Jahre. Er ist erheblich verschlankt, vom Seitenumfang halbiert worden und enthält dennoch alle steuerungsrelevanten Informationen in ausreichender Tiefe. Ich werde ihnen diesen in den anstehenden Beratungen ausführlich vorstellen.

Abschließend möchte ich all denen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung danken, die im Bewusstsein der schwierigen finanziellen Situation trotzdem engagiert und motiviert an der Aufstellung des Haushaltsplans für die Dörentruper Bürger mitgewirkt haben.

Dieser Entwurf des Haushaltsplanes soll im Haupt- und Finanzausschuss am 3. und 10. März 2011 beraten werden. Die endgültige Verabschiedung ist dann in der Ratssitzung am 7. April 2011 vorgesehen.

Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Rates, mit den Worten J. W. v. Goethe

*„Wir hoffen immer
und in allen Dingen
ist hoffen besser als verzweifeln....“*

beende ich meine Rede und überreiche Ihnen den Entwurf des Haushaltsplanes.

Dipl.-Verwaltungswirt/Dipl.-Betriebswirt (FH) Elmar Vielstich
Kämmerer, Leiter Fachbereich 1 -Verwaltung und Finanzen-